



Knittelfelder

NACHRICHTEN

Österreichische Post AG, RM 23A044157 E. 8020 Graz

Nummer 282
Juli 2024

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Parkgebühren LKH
- 0 Umwidmung
- 0 1945 - Widerstand und Befreiung
- 0 Für Frieden und Abrüstung

Wohnkosten: Hohe Nachzahlung in den Briefkästen

In den letzten Wochen haben viele Menschen ihre Betriebskostenabrechnung bekommen - das war dann oft ein Schock. Viele kamen mit ihren Abrechnungen zu uns in die Sprechstunden. Nachzahlungen von mehreren hundert Euro waren dabei keine Seltenheit. Aber nicht nur hohe Nachzahlungen, sondern auch die darauffolgenden Mieterhöhungen sind ein großes Problem.

Wir zahlen für die Sanktionen

Die Energiekosten und die allgemein hohe Inflation bringen auch Menschen mit einem mittleren Einkommen in Schwierigkeiten. Die Ursachen für diese hohen Kosten liegen im System. Die Energiekosten sind im Gefolge des Ukrainekrieges massiv gestiegen. Das liegt auch an der fehlgeleiteten Sanktionspolitik. Die Sanktionen haben nichts zur Beendigung des Krieges beigetragen, aber den Menschen die Kosten für die Preissteigerungen auferlegt.

Durch weniger Gasimporte aus Russland, die Zerstörung der Pipeline North-Stream-2 und durch das Merit-Order-Prinzip (Energiepreise berechnen sich nach dem höchsten Preis), welches die Preise hochhält, steigen die Energiekosten in allen Bereichen. Nun soll der Import von russischem Gas durch die OMV bis 2028 überhaupt gestoppt werden - ohne Alternativen sicherzustellen.

Österreich macht sich dadurch von teurerem, ökologisch bedenklichem Fracking-Gas abhängig.



Zusätzlich drohen Strafen in der Höhe von hunderten Millionen, die für den Bruch der Verträge an Russland gezahlt werden müssen. Die Rechnung für diese verantwortungslose Politik der ÖVP/Grünen-Bundesregierung werden die Menschen in Österreich zahlen.

Krieg und Energiekonzerne

Die Energiepreise sind ein wesentlicher Inflationstreiber. Wie beschrieben wirkt sich der Krieg in der Ukraine direkt auf die Preise aus. Auf der anderen Seite nützen Konzerne die Krise um die Preise zu erhöhen - um mehr Gewinne zu machen und dadurch die Dividende für die Aktionäre zu erhöhen.

Die Inflation hat in den letzten Jahren auch die Preisentwicklung bei den Mieten massiv angeheizt.

Fortsetzung ➔

„Ich fürchte mich schon vor der Airpower“, diesen Satz hört man oft im Murtal. Setzen Sie ein Zeichen, kommen Sie zu unserer Veranstaltung „**Peacehour statt Airpower**“!

PEACEHOUR STATT AIRPOWER

Friedensfest statt Waffenschau

Vortrag: Krieg und Klimakrise, Manuel Grebenjak, Wissenschaftler und Autor

Isabel Frey, jiddische Friedens- und Widerstandslieder

Kulturhaus Knittelfeld, 04.09.2024, 18:30 Uhr

Fortsetzung ➔

Die Bundesregierung war viel zu spät bereit eine Bremse einzuziehen. Sie hat dann einen wirkungslosen Mietendeckel beschlossen: Die Mietpreisbremse gilt im gesamten privaten Wohnbausektor nicht und liegt mit einer gedeckelten Mieterhöhung von fünf Prozent pro Jahr weit über der derzeitigen Inflationsrate.

Mietpreisbremsen in anderen Ländern

Einige Länder wie zum Beispiel Schweden, Frankreich und Belgien beschränken die Erhöhung der Mieten deutlich. So darf die Miete in Frankreich jährlich um maximal 2,5% steigen. In Schweden legen die Gemeinden die Mieten für die Gemeindewohnungen fest, private Vermieter dürfen diese nur um 5% überschreiten. Das zeigt, dass es sehr wohl möglich wäre gegen den Mietenwucher vorzugehen.

Kein Profit mit unseren Grundbedürfnissen!

Mit unseren Grundbedürfnissen, wie Wohnung, Wärme oder Strom, wird Profit gemacht. Viele Menschen können sich das schlicht nicht mehr leisten. Die Einkommen bleiben weit hinter der Preisentwicklung zurück. Zuschüsse zum Energiepreis oder zu den Wohnkosten, wie wir sie in Form von Einmalzahlungen oder der Wohnungsunterstützung (die auf Druck der KPÖ erstmals seit 2014 erhöht wurde) kennen, sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie lösen am Grundproblem nichts.

Dazu kommt noch, dass die Einmalzahlungen und Zuschüsse aus Steuermitteln finanziert werden. Der Löwenanteil der Steuereinnahmen kommt aus Massensteuern, wie Lohnsteuer oder Mehrwertsteuer. Das heißt, die Bevölkerung bezahlt sich die Zuschüsse letztlich selbst.

Preisregulierung und hohe Gewinnsteuern!

Was alle brauchen muss dem freien Markt entzogen werden. Die arbeitenden Menschen zahlen sonst für die Kriege und den Profit der Konzerne. Darum fordert die KPÖ Preisregulierungen bei Strom, Heizung, Wohnung und Grundnahrungsmitteln und eine hohe Besteuerung der Konzerne.

„4,5 Prozent Inflation: Die Bevölkerung hat in zwei Jahren zehn Milliarden Euro an Kaufkraft verloren. Profiteure der Inflationswelle sind Energiekonzerne und Banken. Sie erzielten fast acht Milliarden Euro an zusätzlichen Gewinnen durch die Teuerung.“

Alexander Hahn,
im Standard, 22.2.2024

Mietpreisdeckel der Gemeinde weiterführen!

Der Knittelfelder Gemeinderat hat - auch auf Druck der KPÖ - einen Mietpreisdeckel bei den Gemeindewohnungen beschlossen.

Der läuft allerdings mit heurigem Jahr aus. Wir sind dafür, dass dieser Preisdeckel verlängert wird. Das hilft leider nur Mieter:innen in Gemeindewohnungen, zeigt aber wie wichtig es ist, dass Wohnungen im öffentlichen Eigentum sind.

Aus dem Gemeinderat**Wirtschaftsförderungen**

Folgende Wirtschaftsförderungen wurden beschlossen:
Firma Wutscher Optik: 1.931,72 € Investitionskostenzuschuss; *Firma Milchberger IMMO GmbH:* 2.000 € Investitionskostenzuschuss, 500 € Gründerprämie; *Firma Böchzelt Immobilien GmbH:* 2.000 € Investitionskostenzuschuss, jährlicher Mietkostenzuschuss von 3.000 € im ersten Jahr, 2.400 € im zweiten Jahr und 1.200 € im dritten Jahr; *Firma Enzinger Vermietungs GmbH:* 1.546,63 € Investitionskostenzuschuss; *Firma Flora Joy Blumenhandels GmbH:* 2.000 € Investitionskostenzuschuss, jährlicher Mietkostenzuschuss von 3.000 € im ersten Jahr, 2.400 € im zweiten Jahr und 1.200 € im dritten Jahr, Marketingförderung von maximal 713,70 €; *Ziel-Markt in der Herrengasse:* 247,90 € Investitionskostenzuschuss, jährlicher Mietkostenzuschuss von 3.000 € im ersten Jahr, 2.400 € im zweiten Jahr und 1.200 € im dritten Jahr, Marketingförderung von maximal 713,70 €; *Modeboutique Petra:* 1.675,14 € Investitionskostenzuschuss, jährlicher Mietkostenzuschuss von 2.484 € im ersten Jahr, 1.987,20 € im zweiten und 993,60 € im dritten Jahr.

100 neue Bäume

Als Maßnahme zur Verbesserung des städtischen Kleinklimas sollen in Knittelfeld 100 neue Bäume gepflanzt werden. Drei davon sollen am Hauptplatz gegenüber dem Brunnen gestetzt werden. Die Kosten für die drei Bäume, die bereits eine gewisse Größe haben, Pflanzerde und Arbeit betragen 6.500 Euro.

Reinigung durch externe Firma

Die Reinigungsarbeiten im Bunten Haus und in der Freiheitsallee 48 werden an eine private Firma vergeben. Dem hat die KPÖ nicht zugestimmt. Hier geht für uns um eine Grundsatzfrage. Wir sind der Meinung die Leistungen der Gemeinde sollten durch Gemeindebedienstete durchgeführt werden. Gerade die öffentliche Hand hat eine Vorbildwirkung und sollte nicht auf Fremdfirmen zurückgreifen, bei denen die Beschäftigten oft schlechter gestellt sind.

www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Parkgebühren auch vor dem LKH senken!

MÜNZANNAHME:	CNT	10.-	20.-	50.-
	EURO	1.-	2.-	
GEBÜHRENZEIT:	Mo - Fr	8:00 - 18:00 Uhr		
	Sa	8:00 - 13:00 Uhr		
PARKTARIF:				
Mindesteinwurf	€ 0,5	=	30 min	
weitere Zeiteinheiten je	€ 0,1	bis zur		
Höchstparkdauer	€ 3	=	180 min	
QUICK-CARD:				
1. Mit CARD-Taste gewünschte Parkzeit wählen.				
2. Mit TICKET-Taste Parkschein lösen.				
AUTOMAT 17 Im Störfall Tel. 0664/4431248 anrufen.				

Die Parkgebühren vor dem LKH sind dreifach so hoch wie in der Innenstadt

Um die Wirtschaft zu unterstützen kann ab 8. Juli in der Knittelfelder Innenstadt 30 Minuten gratis geparkt werden. Dies wurde bei der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen.

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, dass die Parkgebühren beim LKH Knittelfeld dreimal so hoch sind wie in der Innenstadt. KPÖ-Gemeinderätin Renate Pacher erklärte, dass es für uns nicht gerechtfertigt ist, dass die Parkgebühren vor einem so wichtigen öffentlichen Gebäude wie dem Krankenhaus deutlich höher sind als in der Innenstadt.

Wir haben daher angeregt sie analog zu den Parkgebühren in der Innenstadt zu senken. Der Bürgermeister hat diesen Vorschlag positiv aufgenommen und zugesagt sich darum zu kümmern. Wir hoffen auf eine baldige Umsetzung.



Sylvia Lammer Josef Meszlenyi Sonja Karimi Renate Pacher

Wir wünschen allen Knittelfelderinnen und Knittelfeldern einen schönen, erholsamen und sorgenfreien Sommer!



Ihre KPÖ-Gemeinderät:innen und die KPÖ-Knittelfeld

Kloepferstraße: Sanierung erst 2025

Ein Teil der Kloepferstraße wurde im Zuge von Kanalarbeiten aufgerissen und ist derzeit provisorisch geschlossen.



Das verschärft den ohnehin schon sanierungsbedürftigen Zustand der Straße. Uns haben einige Beschwerden erreicht. KPÖ-Stadtrat Josef Meszlenyi hat im Gemeinderat nachgefragt. Eine Fortsetzung der Sanierung ist nach Auskunft von Gemeinderat Klaus Wallner für 2025 geplant.

Es ist natürlich klar, dass nicht alle Sanierungsprojekte gleichzeitig durchgeführt werden können. Doch die Dauer zeigt wieder einmal wo die Prioritäten liegen und wo nicht.

Periodenprodukte an Schulen

Der Kauf von Hygieneprodukten in der Periode ist für viele junge Frauen und Mädchen eine nicht zu unterschätzende finanzielle Belastung. An einigen Mittelschulen in Graz wurde daher ein Projekt gestartet, Binden und Tampons gratis in den Schultoiletten zur Verfügung zu stellen.

KPÖ-Gemeinderätin Sylvia Lammer hat angeregt das auch in den Knittelfelder Schulen umzusetzen. Der Vorschlag wurde von Stadträtin Regina Biela positiv aufgenommen. Es sei bereits geplant, dass sich der nächste Sozialausschuss damit befasst.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-StR. Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

Mi. 28. August

KPÖ-Parteheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 10.00 bis 12.00 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT05 2081 5260 0000 0617

SPÖ fordert Asylobergrenze: Populismus auf dem Rücken von Kindern

Vor wenigen Wochen war viel über Familiennachzug und damit verbundene Probleme in Schulen zu lesen. Grundsätzlich bedeutet Familiennachzug, dass Ausländer:innen mit einem gültigen, regulären Aufenthaltsrecht in Österreich (anerkannte Flüchtlinge oder Arbeitskräfte mit Dauer-aufenthaltstitel) ihre Ehepartner:innen und Kinder unter 18 Jahren ins Land holen können.

Während des letzten Schuljahres sind 40 Kinder als „Seiteneinsteiger“ in Knittelfelder Schulen gekommen. Bürgermeister Harald Bergmann machte das medial zum Thema. Wobei er behauptete, dass die Kinder „sofort in normale Klassen gesetzt“ worden wären. Dem wurde von der Bildungsdirektion widersprochen. Die Kinder werden in einer eigens eingerichteten Deutsch-Förderklasse auf den Unterricht vorbereitet. Sie sind nur in sechs von 22 Stunden, in den Fächern Musik, Sport und Kunst, im Klassenverband.

Vermischung von Themen

Bürgermeister Bergmann hat der Aussage der Bildungsdirektion nicht widersprochen, sondern gesagt er wolle das System des Familiennachzugs ändern und hat diese Frage mit der Thematik einer Asyl-obergrenze und des allgemeinen Ausländeranteils in Knittelfeld vermischt. Eine seriöse Herangehensweise ist das nicht. Dass nachkommende Kinder das System in den Schulen überstrapazieren zeigt nämlich vor allem eines: Unser Bildungssystem ist unterfinanziert. Es braucht Lösungen in den Schulen, von SPÖ und ÖVP erleben wir aber nur eine populistische Anbiederung an die Positionen der FPÖ.

Gemeinderatssitzung zeigt anderes Bild

In der Gemeinderatssitzung wurde die Angelegenheit durch eine Anfrage der ÖVP zum Thema. Hier äußerte sich Bürgermeister Bergmann deutlich ausgewogener als in den Medien. Es braucht mehr Personal in den Schulen, Maßnahmen in den Kindergärten und generell bessere Integrationsschritte. Der Bürgermeister brachte einen Antrag ein, von dem auch die SPÖ-Gemeinderät:innen zuvor nicht gewusst hatten.

In diesem Antrag, einer Petition an die Bundesregierung, finden sich Vorschläge über die nachgedacht werden sollte: Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr, mehr Ressourcen und Personal für die Schulen, psychologische Betreuung und ähnliche Vorschläge. Dem hätten wir gerne zugestimmt, doch es fand sich auch die Forderung nach einer Asyl-obergrenze unter den Punkten.

SPÖ-Vorsitzender Andreas Babler hat sich klar gegen eine Asyl-obergrenze ausgesprochen und bezeichnete die Forderung danach als „Überschriftenpolitik“. Wir haben vorgeschlagen diesen Punkt zu streichen. Niemand in der SPÖ hat unseren Vorschlag unter-



Millionen von Kindern wachsen im Krieg auf. Die Waffenlieferungen von heute bringen die Flüchtlinge von morgen.

stützt. Dadurch wird klar, an wen sich die SPÖ-Knittelfeld hier anzubiedern versucht. Die ÖVP kritisierte den Antrag zwar, fürchtete aber offenbar von der FPÖ bei einer Gegenstimme angegriffen zu werden. Die FPÖ fühlte sich bestätigt.

Was bedeutet eine Obergrenze?

KPÖ-Stadtrat Josef Meszlenyi stellte klar, dass die KPÖ einem Antrag, der so eine Forderung enthält nicht zustimmen kann. Die anderen Parteien sollen klar sagen, was eine Obergrenze im Zusammenhang mit dem Familiennachzug wirklich bedeutet: Nämlich, dass Kinder allein, ohne ihre Eltern, in Flüchtlingslagern bleiben müssen, in denen verheerende Bedingungen herrschen. Immer wieder hört man von Bränden, von Menschenhandel, von Menschen, die von Ratten angegagt werden.

Eine Grundsatzfrage

Eine Asyl-obergrenze von - zum Beispiel 30.000 - würde bedeuten, dass eine Frau, die in Afghanistan gegen die Taliban Widerstand geleistet hat und getötet werden würde, als 30.001 nicht mehr aufgenommen wird. Asyl ist ein individuelles Menschenrecht, das nicht einfach erlangt werden kann, sondern für das Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Hier geht es um Grundsätzliches: Wer bereit ist das Menschenrecht auf Asyl in Frage zu stellen, wird auch vor anderen Menschenrechten nicht halt machen. SPÖ und ÖVP haben aus durchschaubaren Gründen einen Antrag beschlossen, weil sie fürchten Stimmen an die FPÖ zu verlieren. Dieses Spiel wollen wir nicht mitspielen.

In der Diskussion waren sich alle Parteien einig, dass viel mehr Mittel in die Schulen fließen müssen um die Situation zu bewältigen und allen Kinder Chancen auf eine gute Bildung zu geben. Gleichzeitig haben SPÖ, ÖVP und FPÖ unseren Antrag „Die geplante militärische Aufrüstung Österreichs sofort zu stoppen und die dafür vorgesehenen Mittel den Gemeinden, dem Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem zur Verfügung zu stellen“, abgelehnt. Siehe Bericht Seite 6.

Promotool: Mitten im Wohngebiet, rund 6.800 m² werden Gewerbegebiet

Der Gemeinderat hat beschlossen eine 6.781 m² große Fläche am Grünen Weg in der Neustadt von „Aufschließungsgebiet für Bauland – allgemeines Wohngebiet“ in „Aufschließungsgebiet Bauland – Gewerbegebiet“ umzuwidmen. Die Firma Promotool will die Fläche erwerben um ihr Betriebsgelände zu vergrößern. Die KPÖ hat dieser Umwidmung nicht zugestimmt.

Als vor mehreren Jahrzehnten ein Grundstück in der Neustadt als Gewerbegebiet gewidmet wurde, haben wir zu bedenken gegeben, dass ein Gewerbebetrieb mitten in einer Wohnsiedlung sehr problematisch sei. Damals hieß es, es sei nur eine Handschuhfabrik, von der keine Belästigungen ausgehe.

Inzwischen haben die Besitzer mehrmals gewechselt. Es gab die Firma Actual und jetzt ist es Promotool. Vor einigen Jahren wollte sich Promotool erweitern und eine Wiese, die von Rot-Weiß als Fußballtrainingsplatz genutzt wurde, musste weichen. Es wurde mit neuen Arbeitsplätzen argumentiert und damals haben wir - mit sehr zwiespältigen Gefühlen – zugestimmt.

Nun wird eine weitere große Fläche Gewerbegebiet werden. Inzwischen gab es zahlreiche neue Wohnbauten. Ein Ausweitung des Gewerbegebietes ist damit noch problematischer. Wir meinen, die damalige Fehlentscheidung ein Gewerbegebiet inmitten eines Wohngebietes zuzulassen sollte nicht noch ausgeweitet werden. Außerdem weiß niemand was die Zukunft bringt. Vielleicht kommt statt Promotool einmal ein



Auf dieser Wiese wird die Firma Promotool ihr Betriebsgelände vergrößern.

viel belastenderer Betrieb, und vielleicht ist diese Umwidmung der Startschuss für weitere Umwidmungen in Gewerbegebiet. Der beste Schutz wäre die Umwidmung dieser Fläche nicht zuzulassen. Leider haben SPÖ, ÖVP und FPÖ zugestimmt.

Grünflächen schützen!

Jetzt ist die Fläche eine grüne Wiese. Nun geht wieder eine Grünfläche verloren. Die Versiegelung von Grünflächen ist in Österreich besonders dramatisch, die Steiermark ist dabei negativer Spitzenreiter. Statt Grünflächen in Gewerbegebiet umzuwidmen sollten sich die Gemeindeverantwortlichen das Ziel setzen Flächen in Knittelfeld wieder in Grünland rückzuwidmen.

Eurofighter starten in Hörsching Flugbewegungen dauerhaft halbieren!

Das Bundesheer hat angekündigt, dass der Flugbetrieb der Eurofighter im Zeitraum von Ende Juni bis Mitte September mehrmals für mehrere Tage von Linz-Hörsching aus ablaufen wird. Grund sind die Vorbereitungen für die Airpower am Fliegerhorst in Zeltweg.



Die KPÖ fordert schon seit Jahren die Flugbewegungen am Fliegerhorst Zeltweg zu reduzieren um die Bevölkerung zu entlasten. Denn unsere Region ist besonders oft und unzumutbar von Lärm betroffen.

2021 haben wir in den Gemeinderäten im Aichfeld den Antrag eingebracht, die Gemeinden sollten vom Verteidigungsministerium fordern die Flugbewegungen im Aichfeld zu halbieren. Der Antrag wurde in Knittelfeld von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Als Argument dagegen war oft zu hören: „Die Eurofighter können nur von Zeltweg aus betrieben werden.“

Die Bevölkerung wurde also über Jahre falsch informiert. Eine Reduzierung der Belastung des Murtals durch eine teilweise Umsiedlung des Flugbetriebs nach Linz wäre - wie sich nun zeigt - durchaus möglich.

Lärm gefährdet die Gesundheit, das ist wissenschaftlich erwiesen. Wenn die Lärmbelastung offensichtlich reduziert werden kann, muss etwas dafür getan werden. Wir erwarten uns von den Bürgermeister:innen der Region, dass sie aktiv werden. Es muss vom Verteidigungsministerium einfordert werden, dass über den September hinaus die Flugbewegungen in Zeltweg reduziert werden. Die Stationierung der Eurofighter sollte auf mehrere Standorte aufgeteilt werden. Dass dies möglich ist, zeigt die Ankündigung des Bundesheeres.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher, Josef Meszlenyi, Druck: Fa. Gutenberghaus



Frieden ist nicht alles - aber ohne Frieden ist alles nichts!



Leider herrscht in Europa, im Nahen Osten und anderen Teilen der Welt wieder Krieg. Wieder sterben Menschen sinnlos für Macht- und Wirtschaftsinteressen. Der Krieg in der Ukraine ist mittlerweile ein Krieg zwischen Russland und der NATO geworden. Das bedeutet, er ist ein Krieg zwischen Atommächten. Das Risiko einer atomaren Auseinandersetzung in Europa ist so groß wie noch nie!

Die EU, in der auch Österreich Mitglied ist, erweist sich keineswegs als Friedensprojekt. Initiativen zur Konfliktbeilegung gibt es defacto nicht. Stattdessen sinnlose Sanktionen, die uns selbst schaden, Kriegsrhetorik und Lieferung von Waffen in die Kriegsgebiete.

Rüstung sichert keinen Frieden!

Durch die nun massiv betriebene Aufrüstung der EU wird kein für den Frieden so notwendiges Vertrauen geschaffen, sondern die Situation weiter verschärft. Auch in Österreich wird großzügig Geld für Aufrüstung verschleudert.

 15.000 neue Gemeinde- wohnungen	oder	 225 Pandur- Radpanzer?
Beides kostet 1,8 Milliarden Euro.		
 1 Lehrkraft für ein Jahr	oder	 1 Eurofighter- Flugstunde?
Beides kostet 60.000 Euro.		
 25 neue Spitäler	oder	 Sky Shield- Raketen?
Beides kostet 6 Milliarden Euro.		

**GELD FÜRS LEBEN
statt fürs Sterben!**

KPÖ

Die Aufrüstungsvorhaben werden einerseits durch Schulden finanziert, andererseits würden die Mittel bei den Gemeinden, dem Sozial-, Gesundheits- oder Bildungssystem dringend benötigt. So gesehen haben Waffen - auch ohne Krieg - negative Folgen für das Leben von uns allen.

Aufrüstung bedeutet die Umverteilung der Steuergelder der arbeitenden Menschen, die den überwiegenden Teil der Steuereinnahmen bezahlen, hin zu den Rüstungskonzernen. Deren Output sind Waffen, durch die die einfachen Menschen im Kriegsfall sterben, während die Eliten sich noch immer in Sicherheit gebracht haben.

Die Stimme für den Frieden erheben! Diese Entwicklungen erfüllen uns mit großer Sorge. Deshalb haben wir im Gemeinderat nebenstehenden Antrag gestellt. Wir meinen es muss auf allen Ebenen alles getan werden um Verhandlungen und einen Waffenstillstand zu erreichen. Österreich als neutrales Land sollte die Initiative ergreifen. Auch der Gemeinderat, der ja auch ein politisches Gremium ist, sollte in diesem Sinne wirken.

Aufrüstung stoppen - für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen!

Der Antrag der KPÖ:

Der Gemeinderat fordert die
Bundesregierung auf:

1. Seine Verpflichtung als neutraler Staat wahrzunehmen und sich sofort für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen sowohl im Ukraine- als auch im Gazakrieg einzusetzen.
2. Die geplante militärische Aufrüstung Österreichs sofort zu stoppen und die dafür vorgesehenen Mittel den Gemeinden, dem Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem zur Verfügung zu stellen.
3. Alle Geldflüsse in die EU stoppen, die für Waffenlieferungen in Kriegsgebiete verwendet werden.



**Denkmal für die Opfer des Ersten und
Zweiten Weltkrieges im Stadtpark.**

In Knittelfeld gibt es mehrere Gedenkstätten für die Opfer der letzten Kriege. Es bedarf des Einsatzes von uns allen, dass keine weiteren hinzukommen! Das Motto muss lauten: Nie wieder Krieg! So appellierte die KPÖ an alle Fraktionen unseren Antrag zuzustimmen.

Antrag abgelehnt!

Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Diese Entscheidung der anderen Fraktionen ist für uns nicht nachvollziehbar und traurig. Der Bürgermeister meinte sogar, er halte Sky Shield für sehr sinnvoll. Wie man zu einer solchen Schlussfolgerung kommen kann ist uns nicht erklärlich, siehe nebenstehenden Artikel zu Sky Shield.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ➔

In Sonntagsreden und bei Gedenkveranstaltungen wird von den Schrecken der vergangenen Kriege gesprochen. Dass die Konsequenz für die Gegenwart das vehemente Eintreten für Abrüstung und Verhandlungen sein müsste, diese Lehre wird meist nicht gezogen. Leider ist das auch im Knittelfelder Gemeinderat so.

Gemeindepolitiker:innen beklagen - zu Recht - dass sie zu wenig Geld vom Bund bekommen. Trotzdem akzeptieren SPÖ, ÖVP und FPÖ Milliardenbeträge für die Aufrüstung - die dann bei den Gemeinden, im Gesundheitssystem, in der Pflege oder in der Bildung fehlen.

Die Weltuntergangsuhr, mit der Atomwissenschaftler:innen auf die Gefahren für die Menschheit aufmerksam machen, ist auf 90 Sekunden vor

Mitternacht gestellt worden. So weit waren die Zeiger in der 75-jährigen Geschichte der Uhr noch nie vorgerückt. Das müsste doch aufrütteln um die Stimme für Frieden und Abrüstung zu erheben! Trotzdem unterstützen SPÖ, ÖVP und FPÖ die Forderung, sich sofort für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen einzusetzen, nicht.

An die beiden vergangenen Weltkriege erinnern Gedenktafeln. Bei einem Atomkrieg wird es wahrscheinlich niemanden mehr geben der noch Denkmäler errichten könnte. Deshalb ist es wichtig, dass sich jede und jeder für Abrüstung und Frieden einsetzt, sei es in Diskussionen, in Leserbriefen, Petitionen an die Bundesregierung, Mahnwachen oder anderen Aktionen.

Sky Shield ist kein Verteidigungsprojekt!

Sky Shield kostet uns Steuerzahler:innen mindestens sechs Milliarden Euro. Zu den zwei Milliarden, die die Kurz- und Mittelstreckenraketen Iris-T aus deutschen Rüstungsschmieden kosten, sollen nochmals vier Milliarden für die Langstreckenraketen Patriot bzw. Arrows aus US-amerikanischen bzw. israelischen Fabriken draufgepackt werden.

Aber, kommt dann der Einwand, Sky Shield diene doch unserer Sicherheit und Verteidigung. Bei Raketenabwehrwaffen handelt sich keineswegs – wie suggeriert – von vornherein um Defensivwaffen. Bisher vermied jede Atommacht den Einsatz von Nuklearraketen, weil sie befürchten musste, dass die angegriffene Gegenseite über hinreichende Möglichkeiten verfügen würde einen Zweitschlag auszuführen. Wer als erster schoss, hatte die Gewissheit als zweiter zu sterben.

Raketenabwehrsysteme könnten Aggressoren dazu verleiten, sich hinter einem Schutzschild sicher genug zu wähnen, um einen atomaren Erstschlag zu riskieren. Um das zu verhindern, hatten sich die USA und die UdSSR 1972 auf einen Anti-Ballistic-Missile (ABM-)Vertrag geeinigt, der Raketenabwehrsysteme auf ein Minimum begrenzte. Der Ausstieg der USA aus dem ABM-Vertrag im Jahr 2002 löste eine gefährliche Entwicklung aus.

Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI sieht bereits „das atomare Wettrüsten im vollen Gange“. Ulrich Kühn, Experte für Rüstungskontrolle kommt zu Recht zu einem Urteil über „Sky Shield“, das in der bisherigen Debatte zumeist unter den Tisch fällt: „Raketenabwehr ist auch massiv destabilisierend und kann Rüstungswettläufe zusätzlich befeuern.“

Außerdem widerspricht die Beteiligung an Sky Shield dem österreichischen Staatsvertrag. Dieser untersagt die militärische Kollaboration mit Deutschland, bzw. den Ankauf von deutschem Kriegsgerät. Ein weiterer Anschlag auf unsere Neutralität. Die Behauptung, Sky Shield wäre eine reine Einkaufsgemeinschaft, ist völlig realitätsfremd. Im „Strategischen Kompass“, den die EU-Staatschefs im März



Aufrüstung bringt nicht mehr Sicherheit, sondern befeuert das Wettrüsten - die Profite der Rüstungskonzerne boomen.

2022 abgesegnet haben, wird ausdrücklich der Aufbau von Raketen- und Drohnenabwehrsystemen zum gemeinsamen EU-Ziel erklärt. European Sky Shield ist ein Bündnis von Staaten mit dem Zweck der militärischen Kooperation. Und Neutralität ist eben nicht mit der Teilnahme an Militärbündnissen vereinbar.

.....
0800 204422

Hotline bei Beziehungsgewalt

Es gibt eine einheitliche Hotline für Hilfestellung bei Beziehungsgewalt. Dort wird rund um die Uhr Akuthilfe und Beratung für Opfer häuslicher Gewalt, bzw. deren Angehörige angeboten. Anrufe werden grundsätzlich vertraulich und anonym behandelt.

KPÖ-GR Sonja Karimi hat angeregt die Gemeinde solle diese Nummer auf allen Ebenen (Homepage, Facebook...) bewerben. Das wurde zugesagt.

Im Landtag hat die KPÖ angeregt die Nummer solle auch auf Milchpackungen aufgedruckt werden, denn diese sind in vielen Haushalten vorhanden. Die zuständige Frauenlandesrätin Simone Schmiedtbauer hat zugesagt mit den Molkereien Kontakt aufzunehmen.

Schutzschild 24: **Gemeinsam mit Nato-Truppen wird Kampf gegen eigene Bevölkerung geprobt**

Von 10. bis 21. Juni 2024 fand in Österreich das größte Militärmanöver seit zehn Jahren statt: „Schutzschild 24“. Auch das Murtal war eine der Schwerpunktregionen. Bei der Übung trainierten österreichische Soldat:innen im Verbund mit Nato-Kräften vor allem aus Deutschland, Kroatien und Schweden. Geprobt wird eine „Schutzoperation“ im Inland. Die Manöverannahmen waren bedenklich:



Kontrolle geht verloren und Österreich wird zum Angriffsziel der Kriegsparteien.

Das Österreichische Bundesheer soll dabei, verstärkt durch deutsche, kroatische und schwedische Truppen, Transitlinien offenhalten. Die Einsatzkräfte sollen gemeinsam helfen, Transitrouten, neuralgische Punkte und wichtige Objekte auf unserem Staatsgebiet quer durch vier Bundesländer rasch unter Kontrolle zu bringen. Auf diese Weise sollen illegale Waffenlieferungen durch Österreich abgefangen, und Verkehrslinien offengehalten werden.“ (<https://www.bundesheer.at/news-ticker-schutzschild-24>)

Die einzigen illegalen – weil neutralitätswidrigen

Österreich öffnet seine Grenzen für Waffen- und Truppentransporte in ein Kriegsgebiet, ein Teil der Bevölkerung bildet darauf, mit Unterstützung einer Kriegspartei, bewaffnete Untergrund-Milizen und die staatliche

– Waffenlieferungen und Truppentransporte, die durch unser Land gehen, sind die von NATO- und EU-Staaten. 4.584 rollten allein 2023 durch unser Land, die meisten aus den USA und Deutschland. Von der Regierung wurden sie einfach durchgewunken.

Das Bundesheer übt die Niederschlagung von Protesten im Inneren - unter den Vorwand, diese seien von „Ausland“ gesteuert. Dass „der große Bruder“ Deutschland mit seiner Militärmacht hilft, in Österreich wieder für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, offenbart, dass offensichtlich die letzten Hemmungen fallen, den Staatsvertrag mit Füßen zu treten.

Die fortgesetzte Übungstätigkeit mit Nato-Truppen ist ein weiterer Schlag für die angegriffene Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralität. Die KPÖ ist der Ansicht, dass sich das Verteidigungsministerium damit beschäftigen sollte, wie im Falle eines eskalierenden Konfliktes die Neutralität gewahrt werden soll und nicht wie ihre Verletzung militärisch durchgesetzt werden kann.

Die Neutralität ist besonders für unsere Region wichtig. Das Murtal ist mit dem Militärflughafen Zeltweg und dem Truppenübungsplatz Seetaler Alpe eine Militärregion und wäre in einem Konfliktfall vorrangiges Angriffsziel.

Ärzte ohne Grenzen in Gaza unterstützen!



Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal. Die meisten Spitäler wurden von israelischen Bomben zerstört. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Wasser, Strom und Treibstoff ist unterbrochen. Gleichzeitig ist der Bedarf an medizinischer Hilfe aufgrund der zahlreichen Verletzungen durch die Bombardierungen und der um sich greifenden Infektionskrankheiten enorm.

Die internationale Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ ist in den verbliebenen Spitälern und Gesundheitszentren im Süden des Gazastreifens aktiv und bietet primäre Gesundheitsversorgung, chirurgische Unterstützung, Wundversorgung, Betreuung nach Geburten und psychologische Hilfe an, um der vom Krieg geplagten Bevölkerung so gut wie möglich zu helfen.

So können spenden:

Direkt auf das Konto von „Ärzte ohne Grenzen“ überweisen und den Verwendungszweck „Gaza“ angeben:

AT43 2011 1289 2684 7600

„Ärzte ohne Grenzen“ ist dabei auf Spenden angewiesen. Jeder Euro ist ein wichtiger Beitrag, um die medizinische Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza zu verbessern, und zugleich ein Ausdruck der Solidarität mit den vom Krieg geschundenen Menschen in Palästina.

Aus der Geschichte Knittelfelds: 1945 - das Freiheitskomitee befreit Knittelfeld, die Sowjetarmee wird um Schutz gebeten

Anlässlich der Feiern zu „800 Jahre Knittelfeld“ ist die Geschichte unserer Stadt ein Thema. Nachfolgend Teile eines Berichts über den Widerstandskampf in Knittelfeld. Die Dokumentation wurde bei einem Treffen von Personen, die im Widerstand tätig waren erarbeitet und vom Knittelfelder Alois Lew schriftlich festgehalten:

Es gab bei den Nazistellen einen Plan, die ohnedies von den Bombardierungen im Februar 1945 stark zerstörten Versorgungsanlagen und Verkehrseinrichtungen völlig zu vernichten. Eisenbahn- und Straßenbrücken über die Mur waren zur Sprengung vorbereitet.

Im Jahr 1944 vergrößerte sich die Zahl jener, die den Hitlerkrieg nicht mehr mitmachen wollten und nicht mehr einrückten. Einige KJV (kommunistischer Jugendverband)-Angehörige gingen dazu über, Nazigegner zu sammeln und verlässliche Leute zu einer Widerstandsgruppe zusammenzuschließen.

Zerstörung lebenswichtiger Anlagen verhindern

Naturgemäß konzentrierte sich die Aufmerksamkeit und Aktivität der entstehenden Widerstandsgruppe in Knittelfeld darauf, die beabsichtigte Zerstörung lebenswichtiger Anlagen zu verhindern. Gleichzeitig sollte durch organisierten Zusammenschluss der kampfschlossenen Nazigegner die Voraussetzung für die Verhinderung von Zerstörungs- und Verzweiflungsaktionen gegenüber der Bevölkerung erreicht werden.

Knittelfeld wird befreit

Am 8. Mai um 9 Uhr früh besetzte die Widerstandsgruppe unter der militärischen Leitung der beiden britischen Offiziere Major Kaiser und Oberleutnant Williams (abgesprungene Fallschirmspringer, die längere Zeit versteckt wurden), beziehungsweise des Fähnrichs Karl Brandl und des Feldwebels Alois Aichhorn Knittelfeld. Sie entwaffneten die Wehrmachtstreife der Deutschen Armee, die ihren Sitz im Postgebäude auf dem Kapuzinerplatz hatte. Auch das Post- und Telegrafentamt wurde besetzt.

Im Bezirksgericht in der Marktgasse, wo nach der Bombardierung vom Februar 1945 die Stadtverwaltung untergebracht war, wurde eine neue österreichische Verwaltung eingerichtet. Ein „Österreichisches Freiheitskomitee“ konstituierte sich. Es übernahm die Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern und übernahm die Macht in der Stadt. Einige Nazi, die sich besonders hervorgetan hatten, wurden verhaftet, damit sie nicht noch im allerletzten Augenblick Unheil anrichten könnten.

Sicherung des täglichen Lebens

Die einzelnen Mitglieder des Freiheitskomitees übernahmen die Obsorge für die Sicherung der Ernährung, Feststellung der Reserven und Vorräte an Lebensmitteln und Bekleidung. Es wurde Verbindung mit den verbliebenen Kaufleuten, Bäckern und Fleischhauern aufgenommen. Der Betrieb des Krankenhauses wurde gesichert. Das Verkehrswesen lag völlig darnieder. Es gab fast keine Fahrzeuge, um Lebensmittel in die Stadt zu bekommen. Die Nazi hatten Fahrzeuge und abmontierte Bestandteile an verschiedenen Stellen versteckt.



**Denkmal für die ermordeten
Widerstandskämpfer:innen
am Bahnhofplatz.**

Diese mussten erst zusammengesucht werden.

Österreichisches Freiheitskomitee

Es kann festgestellt werden, dass in diesen Tagen in Knittelfeld Ruhe und Ordnung geherrscht hat. Das Freiheitskomitee war eine Versammlung von großer Autorität, zu der die Bevölkerung Vertrauen hatte. Ihm gehörten an: **Eibegger Max, Egger, Ernstreiter Franz, Brandl Karl, Hauser Ewald, Kollmann, Aichhorn Alois, Kohl Sepp, Lew Luis, Kowatsch Hugo, Oberdammer Alois, Protnigg Franz, Stern Otto, Stoimaier Ludwig, Waclawek Emil.**

Die Mitglieder des Freiheitskomitees waren Tag und Nacht auf den Beinen, um die Normalisierung des Lebens der Stadt und der Bevölkerung zu sichern. Viele Bewohner haben sich spontan zur Verfügung gestellt, um Probleme lösen zu helfen.

Der Krieg war aus (zumindest in Europa), das neue Leben eines freien, demokratischen Österreich regte sich. Wenn auch die Not groß war, so atmete das Land auf, weil es nun für den Frieden arbeiten konnte und keine Angst vor Bomben und Gestapo haben musste.

Knittelfelder beschützen ihre Stadt

Am ersten Abend nach der Besetzung standen etwa 150 Knittelfelder (Arbeiter, Angestellte, Soldaten) als bewaffnete Gruppe zum Schutz der Stadt bereit. Einzelne Teile der Deutschen Armee fluteten durch die Stadt zurück. Im wesentlichen ließen sich deutsche Truppen und Widerstandskämpfer unbehelligt.

Es ging ja auch darum, Knittelfeld vor Kriegseignissen zu bewahren.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ↻**SS erschießt zwei Angehörige der Widerstandsgruppe**

Kleinere Gruppen von deutschen Soldaten wurden entwaffnet, wobei ihnen gesagt wurde, weiter- beziehungsweise nach Hause zu gehen. Von durchfahrenden Panzerfahrzeugen wurde in den nächsten Tagen der Gemeindebau in der Kärntnerstraße wegen dort hängender rot-weiß-roter Fahnen beschossen. Zwei wachhabende Angehörige der Widerstandsgruppe (Saalfellner und Helferer) wurden an der jetzigen B 17 aus einem vorbeifahrenden Fahrzeug der SS beschossen und getötet.

Es war den deutschen Truppen offenbar schon bekannt, dass Knittelfeld befreit und österreichisch war, denn die Stadt wurde von einem deutschen Kampfbomber mit Spreng- und Brandbomben beworfen und mit Bordwaffen beschossen.

Die Rote Armee wird zu Hilfe geholt

Es bestand die Gefahr, dass SS-Verbände, die sich durch das Lavanttal aus Richtung Jugoslawien zurückziehen wollten, Knittelfeld angreifen. Gegen eine reguläre Truppe war Knittelfeld kaum zu verteidigen. In dieser kritischen Situation beschloss das Freiheitskomitee, gemeinsam mit den britischen Offizieren eine Abordnung an die Rote Armee zu schicken, die sich im Raume Leoben aufhielt, um diese zu ersuchen, den Raum Knittelfeld (auch in Fohnsdorf und Zeltweg hatten sich Friedenskomitees gebildet), militärisch abzusichern.

Die beiden englischen Offiziere lehnten zuerst diese Kontaktaufnahme mit der Roten Armee ab. Sie brachten zum Ausdruck, dass dieser Raum von britischen Truppen besetzt werden sollte. Das Freiheitskomitee erklärte, dann eben ohne die Briten den Kontakt mit der Roten Armee herzustellen. Daraufhin erklärten sie sich bereit, mitzutun.

Panzerverband der Roten Armee beschützt Knittelfeld

Bei St. Michael wurden die ersten Sowjettruppen angetroffen. Das höhere Kommando war in Leoben. Dort brachte die Delegation aus Knittelfeld ihre Bitte vor. Es kam zu Verhandlungen zwischen dem Sowjetkommando und dem britischen Offizier. Hernach wurde ein kleiner Verband von Panzern nach Knittelfeld beordert.

Am nächsten Tag rückte die Rote Armee bis in die Gegend von Unzmarkt vor, zog sich dann auf das linke Murufer in Judenburg zurück und erwartete dort die britischen Truppen. In Judenburg, wie in der Steiermark verblieben die sowjetischen Truppen bis Ende Juli 1945. Durch die militärische Besetzung dieses Teiles war auch die faschistische Gefahr für Knittelfeld beseitigt.

Es ging um die Erneuerung Österreichs

Im Freiheitskomitee, das mit neuen Mitgliedern (Wegerer, Dienes) erweitert wurde, wurden alle Probleme, die der Tag brachte besprochen und Maßnahmen beschlossen. Es muss festgestellt werden, dass es trotz dieser politischen Standortbestimmung im allgemeinen zwischen den Mitgliedern des Freiheitskomitees keine Differenzen gab und dass ein sehr kameradschaftliches Verhältnis herrschte. Allen ging es damals um die Erneuerung Österreichs.



**Friedensmahnmal
am Friedensplatz**

In jener schwierigen Zeit anerkannten die meisten Menschen die Leistungen und den Einsatz der Widerstandskämpfer. Es blieb einer von kapitalistischen Westmächten inspirierten antikommunistischen Propaganda vorbehalten, die Leistungen der Kommunisten für Österreich herabzusetzen oder zu verschweigen.

Dieser Bericht ist der Broschüre „Widerstand und Befreiung in Knittelfeld“ entnommen. Bei Interesse schicken wir Ihnen gerne den gesamten Text zu.

.....

Was steht in der Festschrift „800 Jahre Knittelfeld“?

Die Stadtgemeinde hat zum 800-Jahr Jubiläum eine Festschrift herausgegeben. Dort wird, beginnend mit der ersten urkundlichen Erwähnung Knittelfelds, die Geschichte unserer Stadt nachgezeichnet. Folgendes steht in der Festschrift über das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Befreiung:

„Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Das „Großdeutsche Reich“ war zusammengebrochen, Österreich war wieder Österreich. Doch für Knittelfeld gab es vorerst keinen Grund für Erleichterung, denn nun erreichten russische Soldaten die Stadt. Am 10. Mai zogen die „nicht umsonst gefürchteten russischen Horden in die Stadt“, wie die Pfarrchronik berichtete. Plünderungen, Vergewaltigungen und Beschlagnahme von Wohnungen mussten hingenommen werden. Ende Juli 1945 zogen sie ab und die Steiermark kam unter britische Verwaltung, ein Aufatmen ging durch die Bevölkerung. Frauen und Mädchen konnten sich wieder frei bewegen.“

Fortsetzung ↻

Fortsetzung ↻

Schäbige Haltung gegenüber dem Mut der Widerstandskämpfer:innen

Das ist alles, was in der Festschrift über die Tage um den 8. Mai 1945 geschrieben steht. Dabei werden die wesentlichsten Ereignisse rund um die Tage der Befreiung verschwiegen.

Kein Wort über die Deserteure, Flüchtlinge, und Widerstandskämpfer:innen die aufatmen konnten, weil sie zuvor täglich Angst vor Verhaftung und Tod hatten. Kein Wort, dass es eine Widerstandsgruppe gegeben hat, die unsere Stadt von der Naziherrschaft befreit und zuvor die Zerstörung von lebenswichtiger Infrastruktur durch die Nazis verhindert hat.

Knittelfeld war eine der wenigen österreichischen Städte, wo Bürger mit der Waffe in der Hand die Nazis selbst vertrieben haben. Kein Wort davon, dass es ein überparteiliches „Österreichisches Freiheitskomitee“ gab, das die Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung übernahm. Kein Wort davon, dass noch in der ersten Nachkriegstagen Gefahr von durchziehenden SS-Truppen drohte und - um das zu verhindern - die Rote Armee zu Hilfe geholt wurde, die Knittelfeld auf Bitten des Freiheitskomitees hin mit einem kleinen Panzerverband beschützt hat.

Schäbige Geschichtsverfälschung

Das alles zu verschweigen ist ganz einfach schäbig. Es ist schäbig gegenüber den mutigen Männern, Sozialdemokraten, Christlich-Soziale und Kommunisten, die ihr Leben gewagt haben um unsere Stadt zu beschützen - wobei zwei von ihnen noch ganz zum Schluss von der SS erschossen wurden. Es ist schäbig gegenüber der Sowjetarmee, die zum Schutz gerufen wurde und in der Millionen Soldaten gefallen sind um uns vom Faschismus zu befreien. Es ist Hetze, noch im Jahr 2024 Nazi-Kampfbegriffe wie „russische Horden“ zu verwenden ohne dies zu kommentieren. Und es ist eine völlige Verfälschung der Geschichte.



sondern durch alle Besatzungssoldaten. Das ist die grausame Fratze des Krieges, und die einzige Lehre die daraus gezogen werden soll ist „Nie wieder Krieg“, Abrüstung und Völkerverständigung.

Wir haben vorgeschlagen die Festschrift einzuziehen und mit einem Kapitel über Widerstand und Befreiung in Knittelfeld neu aufzulegen und eine Veranstaltung darüber durchzuführen. Dazu sind die Gemeindeverantwortlichen nicht bereit. Somit wird eine Geschichtslüge in der Knittelfelder Festschrift an die Nachwelt weitergegeben.

Leserbrief

800 Jahre Knittelfeld

Als Alt-Knittelfelder verfolge ich natürlich das 800-Jahr-Jubiläum meiner früheren Heimatstadt, in der ich bis zur Matura zuhause war. So interessierte mich (heute pensionierter AHS-Lehrer und Musiktheater-Autor) auch der bebilderte Vortrag über Knittelfelds Geschichte am 28. Juni am Hauptplatz.

Ich hatte erwartet, dass sich das eingeschränkte Zeitgeschichtsbewusstsein der Verantwortlichen in den vergangenen 60 Jahren verbessert haben könnte. Doch leider hat sich seit dem Heimatkunde-Unterricht in meiner Landschacher Volksschule kaum etwas verändert. Schon damals war nicht der von Hitler verbrochene Weltkrieg das Thema, sondern ein aus heiterem Himmel hereingebrochener „böser“ Bombenangriff der amerikanischen Luftwaffe. Befreier werden zu Tätern.

Und auch in der Gegenwart wird vom Festredner das Bombardement nicht als Folge und Reaktion auf den totalen Krieg Nazideutschlands gegen ganz Europa gedeutet, sondern eher als ein weiteres unerklärliches „Drangsal“ auf der Pestsäule verkauft. Auch auf den aufwändigen Schautafeln wird touristischen Stadtbesuchern nur dieses eine zeitgeschichtliche Ereignis zusammenhanglos präsentiert.

Kein Platz für die hingerichteten oder in Konzentrationslagern ermordeten Widerstandskämpfer:innen. Im Vortrag auch kein Wort über die Vertreibung und spätere Auslöschung der jüdischen Gemeinde oder über die Euthanasie-Opfer aus dem städtischen Altersheim, die in Schloss Hartheim ermordet wurden. Nach dem Vortrag ein ernüchternder Blick in die offizielle Festschrift: Auch hier stößt man auf eigenartige Formulierungen. So wird vom „Zusammenbruch“ des „Großdeutschen Reiches“ geschrieben. Jeder Laie weiß aber, dass die Nazis nicht nur die deutschsprachigen Minderheiten Europas „heimholen“ wollten, sondern den ganzen Erdteil okkupieren.

Dann werden „Plünderungen und Vergewaltigungen“ der „fremden Soldaten“ zu Recht bedauert. Jeder weiß aber, dass diese „russischen Horden“ nie zu uns gekommen wären, wenn SS und deutsche Wehrmacht nicht zuvor brutal gewütet und 26 Millionen Sowjetbürger getötet hätte. So fragt man sich: Wo blieb da die „wissenschaftliche Begleitung“? Kannte sie nicht das 300 Seiten starke Standardwerk „Adolfburg statt Judenburg. NS-Herrschaft: Verfolgung und Widerstand in der Region Aichfeld-Murboden“ aus dem Clio-Verlag?

Mir bleibt also ein bitterer Nachgeschmack bei den Jubiläums-Feierlichkeiten. Ich muss mich wegen diesen Zeitgeschichtsverschweigungen und -verdrehungen leider fremdschämen. Dazu passt Bruno Kreiskys Aufforderung an einen Journalisten: „Lernen Sie Geschichte!“

Wini Hofer



EU-Wahl: Danke für Ihre Stimme!

Es ist ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann: Die KPÖ konnte ihr Ergebnis bei den EU-Wahlen bundesweit von 0,8 auf etwa drei Prozent steigern. In der Steiermark erreichten wir 18.151 Stimmen und in Graz sogar 6,8 Prozent (+4,7%). Auch in den Gemeinden des Murtals konnten wir unsere Ergebnisse steigern. **Wir bedanken uns bei allen unseren Wähler:innen!**

Das ist eine solide Basis, auf der die KPÖ im Herbst erst bei den Nationalratswahlen und dann bei den Landtagswahlen aufbauen kann. Erstmals seit Jahrzehnten hat die KPÖ die Chance, wieder ins Parlament einzuziehen.



Die Zeit ist reif für Veränderung – und dafür braucht es auch Sie! Wenn Sie die Arbeit der KPÖ schätzen, dann ist jetzt der beste Zeitpunkt, auch aktiv zu werden. Wagen Sie den Schritt und machen Sie mit! **Kontakt:** KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, ☎ 03512 82240, Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at



Airpower: ÖVP und SPÖ sind sich einig:

Die Wirtschaft ist wichtiger als Mensch und Umwelt

Auf die Belastung für die Bewohner:innen des Aichfeldes und der Umwelt angesprochen meinten ÖVP-LH Christopher Drexler und SPÖ-LAbg. Michaela Grubesa bei einer Pressekonferenz „Der Mehrwert für Tourismus und Wirtschaft überwiegt.“

Das Bundesheer hat eine Beschwerdennummer veröffentlicht. Eine echte Lösung ist das nicht. Die KPÖ fordert eine echte Beschwerdestelle die auch eingreifen kann wenn der Lärm unzumutbar wird. Dafür braucht es Messstationen in der Region aus der die Stelle Daten bezieht und eine Anordnungsbefugnis gegenüber den übenden Flugzeugen, damit sofort reagiert werden kann. Außerdem sehen wir nicht ein, dass Airpower-Übungen über dem dichtbesiedelten Aichfeld stattfinden müssen.

Airpower 2024: Lärm, Abgase, Verharmlosung von Waffen, Verschwendung von Steuergeld, ein Hohn für den Klimaschutz!

Heuer - im Superwahljahr - findet die Airpower, unter Abweichung vom Dreijahresrythmus, wieder statt. Übrigens die zweite Airpower während einer grünen Regierungsbeteiligung.



Wenige hundert Kilometer von uns entfernt herrscht Krieg. Viele Menschen kommen - auch aufgrund der durch die Sanktionen verursachten Teuerung - mit ihrem Einkommen kaum noch über die Runden. Im Gesundheits-, Pflege-

und Bildungsbereich häufen sich die Probleme. Die steigenden Temperaturen und Naturkatastrophen führen die Auswirkungen des Klimawandels deutlich vor Augen – und für die umweltschädigende Airpower werden Millionen verschwendet.

Die KPÖ als Friedenspartei tritt seit Jahrzehnten für die Abschaffung dieser umweltschädlichen und gefährlichen Militärshow ein. Für uns im Murtal bedeutet die Airpower eine massive Lärm-, Verkehrs- und Umweltbelastung.



Die ÖVP/Grün-Regierung bekennt sich zur Airpower. Im Steirischen Landtag haben SPÖ, ÖVP, FPÖ und Neos den KPÖ-Antrag, kein Steuergeld für die Airpower zu verschwenden, abgelehnt. Es ist unehrlich in Sonntagsreden von Frieden und Umweltschutz zu schwadronieren und dann die Airpower durchzuziehen. Die Gründe warum es keine Airpower mehr geben soll sind nach wie vor aktuell - und werden jeden Tag dringlicher!